

Antrag

der Abg. Cindy Holmberg und Florian Kollmann u. a. GRÜNE

Hitzeschutz als Aufgabe der Daseinsvorsorge – Umsetzung in Stadträumen und Wohngebäuden

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Hitzeperioden, d.h. wie viele Tage mit Temperaturen über 30 Grad Celsius und Nächte mit über 20 Grad Celsius (sogenannte Tropennächte) in Baden-Württemberg pro Jahr seit 2020 gemessen wurden und wie sich diese auf die Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg verteilen;
2. wie sich die Anzahl an heißen Tagen mit Temperaturen über 30 Grad Celsius und Nächten mit Temperaturen über 20 Grad Celsius seit Beginn der Wetteraufzeichnungen prozentual verändert hat;
3. welche Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger, systemkritische Infrastruktur und die Gesellschaft aus Sicht der Landesregierung mit diesen Temperaturveränderungen einhergehen;
4. welche Kenntnis sie über die kühlende Wirkung von Stadtbäumen, unversiegelten Flächen und Beschattungsmaßnahmen hat;
5. wie häufig die LGVFG Förderung für die Entsiegelung von Verkehrsflächen und die Entsiegelungsprämie seit Programmbeginn beantragt wurden;
6. mit welchen Maßnahmen sie Städte und Gemeinden bei deren Bestrebungen zur Klimaanpassung und zum Hitzeschutz unterstützt;
7. wie die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg nach Kenntnis der Landesregierung bezüglich ihrer Klimaanpassungs- und Hitzeschutzmaßnahmen, auch im Bundesvergleich, aufgestellt sind;
8. welche Temperatur in Wohnräumen, insbesondere in Schlafräumen, aus gesundheitlicher Perspektive empfohlen ist und welche Gefahren von überhitzten Wohnräumen für die Bewohnerinnen und Bewohner ausgehen;
9. ob und ggf. welche Kenntnis sie darüber hat, wie viel Prozent der Wohneinheiten in Baden-Württemberg in Hitzeperioden die empfohlene Raumtemperatur überschreitet;
10. welche baulichen, technischen oder weiteren Maßnahmen nach ihrer Kenntnis geeignet sind, um Wohnräume effektiv zu kühlen und ob und ggf. wie sie entsprechende Maßnahmen unterstützt;
11. welche rechtlichen oder planerischen Aspekte aus Sicht der Landesregierung dienlich sind, um Hitzeschutzmaßnahmen wie Entsiegelung, Begrünung, Verschattung, helle Oberflächen, Frischluftschneisen oder baulichen Hitzeschutz in Städten und Gemeinden konsequenter umzusetzen und welche Änderungen die Landesregierung hierzu in der eigenen Gesetzgebung und der Landesentwicklungsplanung prüft oder an die Bundesregierung richtet;

12. welche Erkenntnisse sie aus den langjährigen Erfahrungen europäischer Nachbarstaaten – insbesondere Frankreichs – mit Maßnahmen zur Hitzeprävention und Hitzeanpassung hat.

16.7.2026

Holmberg, Kollmann, Achterberg, Metzger, Tonojan, Tok, Joukov, Schweizer, Zimmer, Keune, Mettenleiter GRÜNE

Begründung

Die Auswirkungen des Klimawandels führen zu einer zunehmenden Zahl und Intensität von Hitzeperioden. Die Versiegelung von Flächen und der sogenannte Wärmeinseleffekt verstärken gesundheitliche Belastungen für die Bevölkerung. Kommunen nehmen beim Hitzeschutz eine zentrale Rolle ein. Sie sind unter anderem für die Stadtplanung, die Gestaltung öffentlicher Räume, den Betrieb kommunaler Einrichtungen sowie die Information der Bevölkerung verantwortlich. Gleichzeitig gewinnt der Schutz vor übermäßiger Hitze in Wohnräumen zunehmend an Bedeutung, da hohe Innentemperaturen die Gesundheit und das Wohlbefinden erheblich beeinträchtigen können.

Der Bericht soll einen Überblick über bestehende Strategien, Maßnahmen und Unterstützungsangebote des Landes für Kommunen sowie zum Schutz vor Hitze in Wohngebäuden geben und dazu beitragen, bestehende Handlungsbedarfe zu identifizieren und gegebenenfalls weiteren politischen Handlungsbedarf aufzuzeigen.